

An den
Oberbürgermeister der Stadt Hanau
Herrn Claus Kaminsky
Am Markt 14-18
63450 Hanau

Ansprechpartner:
Uli Breuer: 0179 6909xxx
Roland Schäfer: 0172 6820xxx
Walter Schmidt: 0152 21512xxx

Spendenkonto:
IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00
BIC: GENODEF1P06

Frankfurt, den **22.11.2016**

Beabsichtigte Videoüberwachung am Freiheitsplatz und am Marktplatz in Hanau

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kaminsky,

mit Verblüffung haben wir die Pressemitteilung der Stadt Hanau vom 21.11.2016 zur Kenntnis genommen in der mitgeteilt wird: „*OB Kaminsky präsentiert im Magistrat Planung für Videoüberwachung*“. Es mutet merkwürdig an, wie der Hanauer Magistrat argumentiert: „**Eine spürbare Erhöhung des Sicherheitsempfindens**“, also einer subjektiven – durch Fakten nicht belegten – Wahrnehmung soll erreicht werden. Gleichzeitig wird aber konstatiert, dass es in der Hanauer Bürgerschaft „**eine diffuse, manchmal gar nicht begründbare Furcht, Opfer eines Übergriffs zu werden**“ gäbe.

Wir fragen Sie:

1. Kann dies eine Begründung dafür sein, den tausenden von Menschen Polizeikameras zuzumuten, die sich täglich auf dem Freiheitsplatz und dem Marktplatz bewegen und die nicht verdächtigt werden, vorsätzlich oder fahrlässig die öffentliche Sicherheit oder Leib, Leben und Wohlbefinden anderer Menschen zu gefährden?
2. **Gibt es belastbare und für die interessierte Öffentlichkeit überprüfbare Daten**, dass es am Freiheitsplatz und am Marktplatz in Hanau ein erhöhtes Aufkommen von Drogen- und Kleinkriminalität, Diebstählen und Raubüberfällen gibt – also einen Kriminalitätsschwerpunkt?
3. **Gibt es belastbare und für die interessierte Öffentlichkeit überprüfbare Daten**, dass andere Mittel der Gewaltprävention und der Aufklärung von Straftaten an den genannten Stellen nicht zur Verfügung stehen oder nicht geeignet sind, das gewünschte Ziel zu erreichen?
4. **Gibt es belastbare und für die interessierte Öffentlichkeit überprüfbare Daten**, dass die Videoüberwachung der genannten Plätze dieses Risiko objektiv reduzieren kann?

Zu diesen Fragen bitten wir Sie um eine Antwort bzw. öffentliche Stellungnahme. Erst nach Beantwortung dieser Fragen wird es der interessierten Bürgerschaft möglich sein, eine ergebnisoffene Diskussion über öffentliche Sicherheit, Belegung zentraler Plätze in der Hanauer Innenstadt, subjektives Sicherheitsempfinden, überprüfbare Fakten und die Notwendigkeit von Videoüberwachung zu führen.

Wir möchten Sie zu Ihrer Meinungsbildung auf drei aktuelle und lesenswerte Stellungnahmen aus den letzten Tagen hinweisen:



- Das Darmstädter Echo (http://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/mehr-kameras-mehr-sicherheit_17482506.htm) lässt in seiner Ausgabe vom 19.11.2016 in einem Interview unter der Überschrift „Mehr Kameras, mehr Sicherheit?“ den **Kriminologen Prof. Dr. Thomas Feltes (Ruhr-Universität Bochum)** zu Wort kommen. Mit bemerkenswerten Aussagen. Auf die Frage „Schreckt eine Überwachungsanlage potenzielle Täter ab?“ antwortet Prof. Feltes: „Das ist Blödsinn. Eine präventive Wirkung von Videoüberwachung ist lediglich beim Kfz-Diebstahl bewiesen. Wenn sie einen Parkplatz mit Video überwachen, haben sie dort weniger Diebstähle. Bei allen anderen Straftaten, vor allem im Bereich der Kleinkriminalität, haben weltweite Studien gezeigt, dass sie überhaupt keinen abschreckenden oder präventiven Effekt hat.“ Und zur Frage „Können durch Videoüberwachung andere Straftaten wenigstens im Nachhinein aufgeklärt werden?“ stellt er fest: „... Bei einer schweren Straftat, etwa einem geplanten Raubüberfall, wird der Täter kaum unmaskiert in die Kamera schauen. Britische und deutsche Studien haben gezeigt, dass Videoüberwachungsmaßnahmen die Aufdeckungsrate von Straftaten nicht steigern. Ein Zusammenhang zwischen der Zahl der installierten Kameras und der Aufklärungsquote ist nicht feststellbar.“
- Prof. Feltes kommt damit zum gleichen Ergebnis wie die **Datenschutzbeauftragten der 16 Bundesländer** (https://www.datenschutz-mv.de/datenschutz/themen/beschlue/92_DSK/Entsch-Video.pdf), die kürzlich Stellung genommen haben zum geplanten Videoüberwachungsverbesserungsgesetz von Bundesinnenminister Lothar de Maizière (CDU). Sie erklärten u. a.: „**Auch die mögliche Erhöhung eines faktisch ungerechtfertigten subjektiven Sicherheitsgefühls könnte Grundrechtseingriffe nicht rechtfertigen.**“
- Manchmal nutzt auch ein Blick über die hessischen Landesgrenzen hinaus: Die **Polizeiführung in Nürnberg** hat vor wenigen Tagen einem Wunsch von Nürnberger Stadtverordneten widersprochen, die auf Grund von Vorfällen in einem Naherholungsgebiet die Anbringung von Überwachungskameras befürwortete.
Der Bayerische Rundfunk (<http://www.br.de/nachrichten/mittelfranken/inhalt/videoeuberwachung-woehrder-see-nuernberg-100.html>) meldete am 21.11.2016: „Die Polizei ist aus mehreren Gründen gegen eine Videoüberwachung der Areale: Um eine Videoüberwachung rechtlich zu rechtfertigen, müsste der entsprechende Bereich ein ‚Kriminalitätsbrennpunkt‘ sein. Dem sei aber nicht so. Außerdem wäre eine lückenlose Videoüberwachung sehr teuer... Die Polizei will daher weiterhin auf gezielte polizeiliche Einzelmaßnahmen setzen.“ Und was die Ursache des Rufs nach Videoüberwachung war, meldete der Bayerische Rundfunk (<http://www.br.de/nachrichten/mittelfranken/inhalt/pograpsher-nuernberg-verdaechtiger-woehrder-see-100.html>) bereits am 02.11.2016: „Die Nürnberger Polizei hat den... (Täter) mit Hilfe einer extra eingesetzten Fahrradstreife festgenommen.“

Geht doch! – auch ohne Videoüberwachung.

Mit freundlichen Grüßen

dieDatenschützer Rhein Main (<https://ddrm.de/>)

gez. Uli Breuer

gez. Roland Schäfer

gez. Walter Schmidt

In Kopie an

Fraktionen in der Hanauer Stadtverordnetenversammlung

dieDatenschützer Rhein Main sind

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),

- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),

- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),

- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://tipstoppenffm.wordpress.com/>) und

- Partner der „Initiative Finanzplatz Frankfurt“ (<https://ddrm.de/wp-content/uploads/IFiF-Verfassung-201605.pdf>).

Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.